

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

295 (22.12.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85131](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85131)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Vesthaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Centrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 1.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 5 10 M.; zweimonatlich 2.80 M., durch die Post frei ins Haus 5 40 M.; einmonatlich 1.40 M., durch die Post frei ins Haus 1.70 M. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franco.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile für die ersten drei Tage, bei sonstigen Anzeigen 40 Pfennig, für die vierte bis zur sechsten Tag 30 Pfennig, für die sechste bis zur zehnten Tag 20 Pfennig, für die elfte bis zur zwanzigsten Tag 15 Pfennig, für die zwanzigste bis zur dreißigsten Tag 10 Pfennig, für die dreißigste bis zur vierzigsten Tag 5 Pfennig, für die vierzigste bis zur fünfzigsten Tag 5 Pfennig, für die fünfzigste bis zur sechzigsten Tag 5 Pfennig, für die sechzigste bis zur siebenzigsten Tag 5 Pfennig, für die siebenzigste bis zur achtzigsten Tag 5 Pfennig, für die achtzigste bis zur neunzigsten Tag 5 Pfennig, für die neunzigste bis zur hundertsten Tag 5 Pfennig. Größere Anzeigen sind stets zuvor einzufahren. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von Höherem Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Waisensachen, Betriebsstörungen in unserem eigenen Betriebe oder wenn unsere Redaktionen haben des Tages und Sonntags keine Anträge, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 295. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfach-Konto: Hannover 7908. **Donnerstag, Montag, 22. Dezember 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: B. Barckmann, Ahtersternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Deutsches Reich.

Scheidemann — Oberbürgermeister von Kassel.

TU. Kassel, 20. Dezember. In der gestrigen Stadtordnungsversammlung wurde der frühere Ministerpräsident Scheidemann mit 48 von 86 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt.

Noch 3800 deutsche Kriegsgefangene in England.

TU. Dresden, 20. Dezember. Von der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin wird mitgeteilt: Laut Meldung der Prisoner of War Information, London, befanden sich am 1. Dezember noch folgende Gefangene in England: Dartport 161, Downington Hall 218, Oswestry Palace 1544, Oswestry Hospital 140, Ripon 883, Walsley 900, Wensleydale Hospital 1, zusammen 3857.

Der Prozeß gegen Kaiser Wilhelm wird nie stattfinden.

Der amerikanische Dichter und Professor der niederländischen Literatur an der Universität Columbia, Leonard von Sjöfen, der bis vor kurzen Marinattaché der amerikanischen Legation in Haag war, hat, dem „Corriere della Sera“ zufolge, einem Pariser Journalisten erklärt, daß der Prozeß gegen den Kaiser niemals stattfinden würde. Dieser Prozeß, erklärte er, würde einen viel zu gefährlichen Präzedenzfall für die gekrönten und ungekrönten Führer der anderen Staaten bilden. Aus diesem Grunde glaube ich nicht, daß der Völkerverein, den man jetzt um die Bestrafung des Kaisers macht, sich jemals zu einem Prozeß verdingen wird. Das Publikum täuscht man durch große, offizielle Geschäftigkeit und beruhigt es auf diese Weise, im Geheimen aber wird man verhindern, daß der Prozeß je stattfindet.

Verpflanzung Jugendlicher von der Stadt aufs Land. Siedlerlehrenschulen, Lehrwirtschäften.

Der ständige Siedlungsanschuß, der aus wissenschaftlichen und praktischen Sachverständigen auf dem Gebiete des ländlichen Siedlungswezens und aus Abgeordneten und Interessensvertretern verschiedener Richtungen bestehende Beirat des Reichsarbeitsministeriums befaßt sich in seiner 4. Sitzung auf Grund von Bericht und Gegenbericht des Prof. M. Sering und Dr. Heim (M. d. N.) sowie von Mitteilungen des Prof. Werhans über seine südamerikanischen Erfahrungen und seigenen Pläne auf diesen Gebiete mit dem Gedanken der Verpflanzung Jugendlicher von der Stadt auf das Land und im Zusammenhang damit mit der Frage der Siedlerlehrenschule und Lehrwirtschäften. Der Siedlungsanschuß hielt es für wünschenswert, von Reichs- und Staatswegen auf die Verpflanzung vorbildlicher Lehrwirtschäften und Siedlerlehrenschulen hinzuwirken. Zunächst ist dabei auch an eine Verpflanzung der Waisenbuben zu denken. Die Verpflanzung sei nur möglich, wenn die Umstellung aufs Ländliche in früher Jugend einsetzt. Leute, die in den Stätten groß geworden sind oder bereits Jahrzehnte in den Stätten gelebt haben, werden nur unter ganz besonderen günstigen Umständen brauchbare Landwirte und brauchbare Siedler abgeben.

Zusammenschluß aller Thüringischen Staaten.

Der Volksrat von Thüringen hat den vom Weingärtner Landtag in seiner Denkschrift vom 12. Dezember 1919 gefestigten Bedingungen über den Eintritt Thüringens in die thüringische Staaten-Gemeinschaft einstimmig zugestimmt und zugleich beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Beziehungen zum Reich regelt und erneut Verhandlungen mit Preußen in die Wege zu leiten zum Zwecke der Aufnahme preußischer Gebietsteile in die thüringische Staaten-Gemeinschaft. Durch den Beitritt Thüringens in die thüringische Staaten-Gemeinschaft ist namentlich der Zusammenschluß aller thüringischer Gliedstaaten, mit Ausnahme Koburgs, das in Bayern aufgeht, erfolgt.

Abg. Burtage zum Generalsparlament.

In der zweiten Lesung des Antrages Lirnborn (Ztr.) betr. die Steuernachfrist, führte Abg. Burtage gegenüber den Sozialdemokraten, die den Zentralantrag ablehnten, aus: „Der Abg. Cohn hat gemeint, wir hätten mit unserem Antrag die schützende Hand über larmädischen Steuerwächter gebreitet. Davon

kann gar keine Rede sein. Wir hatten ursprünglich beantragt, die Steuernachfrist auf kleine Unterziehungen zu beschränken, und nur, weil es nicht möglich war, eine bestimmte Scheidelinie zu finden, ist schließlich eine allgemeine Steuernachfrist in unseren Antrag hineingekommen worden. Wir übernehmen gern die volle Verantwortung für diesen Gesetzentwurf. Ich habe selbst mehr als einmal erlebt, daß in Veranlassungen keine Leute an mich herantreten und gesagt haben, man möge ihnen doch jetzt noch einmal die Gelegenheit geben, die Steuer ehrlich zu zahlen. Gerade jetzt, wo die Reichsabgabenordnung in Kraft tritt, ist der geeignete Augenblick gekommen, um für diejenigen eine Brücke zu schlagen, die ihre Steuer noch ehrlich zahlen wollen. Wir wollen uns doch keinen blauen Dunst vormachen; wir wissen aus unserer Vergangenheit, daß im ganzen Deutschen Reich Steuern hinterzogen worden sind. Da ist es gemäß zu begrüßen, wenn nun einmal die Gelegenheit geben wird, von der Steuernehmerschaft zur Steuerrechtschuld überzugehen. Daß es uns gar nicht eingefallen ist, mit unserem Antrag hartnäckige Steuerbetrüger zu schützen, ergibt sich aus § 2, wonach das Vermögen, daß trotz der Steuernachfrist in Zukunft nicht angegeben wird, ohne weiteres in seinem vollen Betrag dem Fiskus verfällt.

Entente und Reichsnotopfer.

Zu den Erörterungen in der preussischen Landesversammlung und in der Nationalversammlung wird der D. N. Z. aus dem Reichsjustizministerium mitgeteilt:

Der Reichsminister der Justiz vertritt die Ansicht, daß das Gesetz über das Reichsnotopfer in seiner jetzt beschlossenen Fassung der Entente weder mittelbar noch unmittelbar ein Recht auf die Erfassung des Ertrages des Notopfers gibt. Diese Ansicht steht im Einklang mit allen von dem Reichsjustizministerium in der Angelegenheit erstatteten Gutachten. Durch diese authentische Feststellung dürfte auch der letzte Zweifel daran ausgeräumt sein, daß die Angriffe Dr. Friedbergs in der Sitzung der preussischen Landesversammlung vollständig unbegründet waren u. mit großer Leichtfertigkeit erhoben worden sind. Worum es bei der ganzen Angelegenheit ankommt, ist doch die hier wieder klipp und klar zum Ausdruck kommende Ansicht des Reichsjustizministers, daß das Reichsnotopfer der Entente weder mittelbar noch unmittelbar ein Recht auf Beschlagnahme gibt. Das ist der Kernpunkt der umstrittenen Frage.

Ueberwachung des Schmelzes über den Rhein. Wie die amerikanische Zeitung „Amoroc“ mitteilt, unerschließt die amerikanische Abteilung in der internationalen Eisenbahn- und Wasserstraßen-Kommission ebenso wie die Belgier, Franzosen und Engländer in den besetzten Gebieten Log und Nachschub eines Wachtums auf dem Rhein. Da kein Boot ohne besondere Erlaubnis fahren darf, werden Schmelzbesuche über den Rhein auf diese Art fast unmöglich gemacht.

Unsere Kriegsgefangenen in Sibirien!

Durch den Rückzug der bolschewistischen Heere um etwa 100 Kilometer in östlicher Richtung sind ungefähr 3000—4000 Kriegsgefangene in den Machtbereich der Bolschewisten gelangt. Es ist ihnen daher jetzt die Möglichkeit geboten, auf dem Landwege in die Heimat zurückzukehren.

Der Erfolg einer Aktion zugunsten dieser Landsleute hängt von schnellem tatkräftigen Handeln ab. Die Möglichkeit einer Rettung dieser Unglücklichen besteht in der sofortigen Entsendung einer Kommission, die mit den erforderlichen Vollmachten und Geldmitteln ausgestattet sein muß. Es müßte beispielsweise mit den Bolschewisten in Moskau und der kaiserlichen Regierung diesbezüglich verhandelt werden. Eine Heimbeförderung unserer Gefangenen auf diesem Wege liegt jetzt durchaus im Bereich der Möglichkeit, denn täglich kommen einzelne Gefangene an der Grenze an. Das Wichtigste ist: Schleunige

Organisation und Beschaffung der nötigen Geldmittel.

Ausland.

Die christlichen Sozialisten für den deutsch-französischen Ausgleich. Die christlichen Sozialisten haben beschlossen, ihre Haupttätigkeit darauf zu richten, die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern. — Ob es ihnen bei der augenblicklichen Stimmung des französischen Volkes gelingen wird, ist sehr fraglich.

Verchiedene Nachrichten.

Abbruch der englisch-russisch. Verhandlungen.

WTB Kopenhagen, 20. Dez. (Drabth.) Einer englischen Mitteilung zufolge sind die englisch-russischen Verhandlungen in Kopenhagen zwecks Austausch von Kriegsgefangenen ergebnislos abgebrochen worden. Es sollen noch 1 oder 2 Sitzungen stattfinden, um über die Entsendung von Lebensmitteln an die britischen Kriegsgefangenen in Rußland Einigkeit zu erzielen.

Die Verbündeten halten an der Bestrafung der „Schuldigen“ fest.

TU. Zürich, 20. Dez. (Drabth.) Französische Zeitungen melden: Der in der Deutschen Nationalversammlung angenommene Gesetzentwurf über die Beurteilung von wegen Kriegsvergehen schuldiger Personen erregt hier die größte Aufmerksamkeit. Der Text des Gesetzentwurfs ist von dem deutschen Delegierten Frhr. v. Lesner dem Generalsekretär der Friedenskonferenz überreicht worden. Wenn man auch in Frankreich das Vorgehen der deutschen Regierung anerkennt, so hebt man dennoch hervor, daß durch dieses Verfahren die Forderungen der Verbündeten nicht beeinträchtigt werden können. Der Oberste Rat, der in einer seiner letzten Sitzungen sich mit dieser Angelegenheit befaßt, soll sich bereits in dem oben angezeichneten Sinne entschieden und auch den Entschluß gefaßt haben, die Listen der Schuldigen, die übrigens heute noch nicht genau festgestellt sind, unabhängig von dem in Deutschland durchgeführten Verfahren aufgestellt werden soll.

Das sozialdemokratische Tschechien und die katholischen Slowaken.

Die kirchenfeindliche Politik der tschechischen Regierung zeitigte schon ihre Reaktion. Die Slowaken gründeten zur Verteidigung ihrer religiösen und politischen Rechte die „Östlich-slowakische Rada“, welche ihren Sitz in Warschau hat, um den Verfolgungen der tschechischen Behörden zu entgegen. Diese östlich-slowakische Rada entfaltet eine rege diplomatische Tätigkeit. Die Memoranden, welche durch diese Rada der Versämler Friedenskonferenz unterbreitet wurden, trugen viel dazu bei, um die Entente zu bewegen, über die Slowaken nicht ohne Reflexion zu verfügen, wie es die Tschechen wollen. Um ihre Sympathie zum christlichen Ungarn zu dokumentieren, veröffentlicht die Rada in Budapest als Organ der Slowaken das Tagblatt Slovenski Narod.

Die katholischen Bauern Spaniens.

die in Madrid einen großartigen Kongreß veranstaltet haben, an dem auch mehrere Bischöfe teilnahmen, haben sich für ein einträchtiges Zusammenwirken mit den katholischen Arbeitern im Sinne und Geiste der kirchlichen Grundzüge ausgesprochen. Den Höhepunkt des Kongresses bildete die Weihe der katholischen Bauernschaft ganz Spaniens aus heiligste Herz Jesu.

Englisch-amerikanische Rivalität.

Die „Westminster Gazette“, das Organ der „Westminster“, schreibt: Wir haben in dem steigenden Ehrgeiz der Flotte der Vereinigten Staaten nie eine Herausforderung Englands erblickt. Wir haben eine Flotte gesehen in Uebereinstimmung mit unserem Bedarf und mit unserer Verantwortlichkeit. Es ist Amerikas ureigenste Sache, zu beurteilen, ob sein eigener Bedarf und seine Verantwortlichkeit ebenso groß sind. Aber wir bekennen,

daß wir enttäuscht sind, weil wir gehofft hatten, daß die neue Zeit eine Verminderung der Rüstungen mit sich bringen werde. Der Marineminister der Vereinigten Staaten wünscht eine Flotte, die keiner andern der Welt nachstehen soll. Wenn jetzt nicht etwas sicheres in Richtung der internationalen Abrüstung geschieht, bleibt nur die Wahl zwischen zwei Dingen: entweder die Nationen müssen auf ihre eigenen Hilfsmittel rechnen, um sich zu sichern, oder sie müssen sich zusammenschließen, um den Völkerbund zum tatsächlichen Bündnis für den Frieden zu machen. Es ist Amerikas Sache, zwischen diesen beiden Möglichkeiten zu wählen, aber beide Vorschläge werden Opfer fordern.

2 Jahre Militärdienst in Frankreich.

WTB. Paris, 20. Dez. Laut „Leclair“ haben die zuständigen Kommissionen der Regierung einen Entwurf vorgelegt, der die Dauer des Militärdienstes auf 2 Jahre festsetzt.

Ein britisch. Passagierdampfer untergegangen.

WTB. London, 20. Dez. (Havas.) „Lloyd“ wird aus Saigon gemeldet, daß ein britischer Dampfer auf der Höhe von Barcel mit Mann und Maus untergegangen ist. Der Dampfer hatte außer der Besatzung 530 Passagiere an Bord. Es konnten sich nur 31 Eingeborene retten.

Ein englisches Urteil über Deutschland.

Amsterd., 20. Dez. Ein unlängst von einem Besuch in Deutschland nach England zurückgekehrter Mitarbeiter des Finanzblattes der englischen Regierung, Sir George Raiff, schreibt, daß die Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien nicht vor einem Jahre erfolgen könnten. Es sei nutzlos, darauf zu warten. In Deutschland fehle alles: Kleidung, Lebensmittel, Brennstoffe, Deutschland könne Frankreich, Italien und sogar England vernichten. Der Ententevölkerbund müsse sich der Verantwortlichkeit in dieser Hinsicht klar werden. Ohne Rohstoffe für seine Fabriken und ohne Lebensmittel für seine Bevölkerung könne Deutschland keine Wiederherstellung leisten. Im Frankreich wieder herzustellen, müsse man Deutschland wiederherstellen. Eine Gefahr des Wiederaufstehens des Militarismus in Deutschland bestehe nicht. Deutschland habe sich durch die unrettbaren Leiden der Kriegsjahre geändert. England habe jetzt die beste Gelegenheit, die es je hatte, eine der größten Nationen der Welt, nämlich Deutschland, für seine gegen den Militarismus gerichtete Politik zu gewinnen.

Ein Attentat auf den Bischof von Irland.

WTB. London, 19. Dez. Am Freitag wurden in Dublin auf den Bischof von Irland, Lord French, Schüsse abgegeben, die diesen aber nicht trafen.

WTB. London, 20. Dez. (Havas.) Im Unterhause erklärte der Staatskanzler für Irland über den Anschlag gegen Lord French, daß hinter einer Hecke hervor 4 Bomben geworfen wurden. Einer der Angreifer schoß auf Lord French. Er wurde von der Militär-Eskorte auf der Stelle erschossen. Er führte zwei Revolver bei sich. Die Angreifer hinter der Hecke konnten gefasst werden.

Oldenburgischer Landtag.

7. ordentliche Sitzung am Freitag, dem 18. Dezember 1919.

Präsident Langen-Stollhamm eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und teilt unter Zustimmung des Landtags mit, daß den Städten Kistringen und Sande gefestigt telegraphisch die Teilnahme des Landtags zu dem großen Unglück in Marienfel ausgeprochen worden ist. Von der Staatsregierung ist ein Dringlichkeitsantrag gestellt, zur Vinderung der Not der Bevölkerung in dem vom Unglück betroffenen Gebiete zunächst 250 000 M zur Verfügung zu stellen.

Ministerpräsident Langen: Not und Entbehrung stehen seit den Kriegsjahren vielen unserer Bevölkerung ständig zur Seite. Jetzt aber ist ein großes Elend über viele Familien gekommen. Eine große Anzahl Lohner und Vermordeter hat das Unglück in Marienfel gebracht. Das ge-

laufe Volk spricht den betroffenen Familien die herkömmliche Teilnahme aus. Aber nicht durch Worte allein, sondern vor allem durch Taten muß hier geholfen werden. Ich bin gefestigt durch den Unglücksfall eingetreten und habe mit mehreren Beamten und Vertretern der Gemeinde eine Besichtigung vorgenommen. Es ist sofort ein Bauhütten eingerichtet und mit zwei Technikern besetzt worden. Ein Ausschuss, bestehend aus Vertretern der Regierung und der betroffenen Gemeinden wurde zur Mitwirkung eingesetzt. So rasch als nur irgend möglich soll Baumaterial beschafft werden. Alles was davon im Landesteil Oldenburg vorrätig ist, wurde gestern bereits beschlagnahmt. Es besteht begründete Aussicht, daß in den nächsten Wochen mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Zunächst sind die Mittel zu beschaffen. Die Größe des Schadens läßt sich noch nicht übersehen, er besteht in der Beschädigung der Häuser und des Inventars. 30 Häuser sind völlig zerstört. Auf etwa 3 Millionen Mark wird der Schaden zunächst geschätzt. Das Reichsministerium in Berlin ist gestern von dem Unglück sofort in Kenntnis gesetzt und bereitwillig gemacht worden, da die Vorstandsmitglieder nur ungenügend getroffen wurden. Der Reichsfinanzminister hat die Regresspflicht in einem Telegramm abgelehnt, da nach seiner Ansicht weder ein Verschulden noch Fahrlässigkeit der verantwortlichen Personen in Frage komme. Die Gesellschaft, der die Erledigung der Arbeiten in Marienfeld übertragen sei, arbeite zuverlässig. Das Reich könne den Schaden nicht tragen. — Rechner hofft, daß das Reich freiwillig einen Teil des Schadens übernimmt. Ein voller Ersatz werde kaum möglich sein. Was geschehen könne, solle aber geschehen.

Abg. H u g (Soz.) spricht namens der Bevölkerung der vom Unglück betroffenen Städte den Dank aus für die erwiesene warme Teilnahme und besonders für die schnelle Hilfe der Staatsregierung. Kaum glaubhaft sei das Verhalten der Reichsstelle, was Befremden erzeuge. Eine Untersuchung für die Schuld liege noch gänzlich abgeschlossen. Man könne sich deshalb kein Urteil erlauben.

Die beantragten 250 000 Mark werden einstimmig bewilligt, um die erste Not zu lindern. Den Ausschüssen überwießen werden selbständige Anträge des Abg. Schmidt-Bochhorn wegen Behandlung und des Abg. Heilmann wegen der Beschaffungsbefehle.

Kontrolle der Landesfeststelle.

Abg. W o l m -Deimelhorst stellt den dringenden Antrag, einen Ausschuss von 4 Personen einzusetzen, der — unter Hinzuziehung von Sachverständigen prüfen soll, welche Maßnahmen die Landesfeststelle getroffen hat, welche Verhältnisse sie erzielte und wie letztere verbessert werden. (Zust.) Das Ergebnis der Prüfung soll dem Landtage bei seinem Zusammentritt im Januar mitgeteilt werden. Der Abg. W o l m führt zur Begründung aus, zur Verhütung der Verwilderung sei es notwendig, daß der Ausschuss schon sofort in Tätigkeit trete. In weiten Kreisen des Volkes herrsche eine tiefgehende Mißtrauens- und Ungewissung gegen die Maßnahmen der Landesfeststelle. Es bestehe keine Klarheit über deren Geschäftsführung, die Höhe der Ueberschüsse und die Verwendung derselben. Der Leiter der Landesfeststelle und der Beirat hätten nicht den notwendigen Einblick und üben nicht die genügende Kontrolle aus. Die Landesfeststelle solle dem Gebrauchswohl des Volkes dienen. Wieviel Ueberschüsse zu erwarten sind und wie wurden sie verwendet. Kürzlich ist der Butterpreis erheblich erhöht worden. Es muß sich ein ganz gewaltiger Ueberschuss ergeben. Klarheit muß geschaffen werden.

Ministerpräsident L a n g e n weiß darauf hin, daß solange er im Ministerium tätig sei, in der Landesfeststelle nichts Ungehöriges vorgefallen sei. Im übrigen habe der Beirat das Recht der Kontrolle. (Widerpruch.)

Abg. S c h m i d t -J e t e l stellt die Tatsache fest, daß in weiten Kreisen der produzierenden Bevölkerung ein tiefes Mißtrauen gegen die Landesfeststelle besteht. Nicht das Landtage sei es, hier solle Klarheit zu schaffen. Dazu müsse die Kommission eingesetzt werden.

Abg. H e i l m a n n (Soz.) Der Beirat der Landesfeststelle wäre bisher kein Kontrollorgan (Zust.) (Hört, hört.) sondern er wurde nur hinzugezogen, wenn die Preise für Zucker erhöht werden sollen. (Hört, hört. — Weiterkeit.) Nach den Worten des Herrn Ministerpräsidenten steht den Beiräten aber in jeder Weise das Kontrollrecht zu. Dadurch ist die Sachlage eine ganz andere geworden. Die Kommission ist jetzt überflüssig.

Abg. F e i g e l (Str.) ist ebenfalls bekannt, daß in weiten Kreisen des Volkes ein tiefes Mißtrauen gegen die Landesfeststelle besteht. Der Beirat diene bisher nur zur Dekoration. (Zuruf nach für Preise.) Wenn dem Beirat jetzt größere Rechte eingeräumt werden sollen, dann wäre die Kommission überflüssig.

Abg. H o l m a n n (D. Wp.) spricht sich für die Kommission aus. Es dürfen keine Geheimnisse verborgen werden. Alles sollte geäußert werden. — Abg. L a n g e (Dem.) glaubt, daß die Geschäftsführung in Ordnung ist. — Der Antrag W o l m wird angenommen. In die Kommission werden gewählt die Abg. S c h r ö d e r, K a p e r, K ö n i g, L a n g e.

Nach Eintritt in die Tagesordnung kommt als erster Gegenstand die Interpellation des Abg. W o l m bei.

Loslösungsbefreiungen in Lübeck.

zur Verhandlung. Sie lautet: 1. Ist der Staatsregierung bekannt, daß in der Sitzung des Landesauschusses in Lübeck von einigen Mitgliedern derselben für den Landesauschuss die Anerkennung als Parlament verlangt wurde? 2. Von denselben Mitgliedern wurde verlangt, daß der Arbeiterrat wieder in der Regierung zugelassen werde,

wel der Herr Ministerpräsident dem Arbeiterrat in Oldenburg dieses auch im Ministerium zugefanden hätte. Welche Stellung nimmt das Staatsministerium dazu ein?

Der Interpellant fügt hinzu, um eine weitere Beunruhigung der Bewohner des Landesteils Lübeck zu vermeiden, sei eine Erklärung des Ministeriums notwendig.

Ministerpräsident L a n g e n: Es ist mir bekannt, daß einzelne Parteien wünschen, der Landesauschuss solle als Parlament anerkannt werden. Dies steht aber der Staatsförmlichkeit voraus. Lübeck ist kein selbständiger Staat. Die Entscheidungen hat die Staatsregierung zu treffen. Wie früher der Provinzialrat, wird jetzt der Landesauschuss in allen Fragen gehört. — 2. In der Regierung arbeitet kein Arbeiterrat mit. Die Regierung hört alle Berufsstände, selbstverständlich auch die Vertreter der Arbeiter. Auf geistlicher Grundlage besteht der Landesarbeiterrat nicht. Der Landesarbeiterrat wird von der Regierung unterstützt, genau so wie die Handwerkskammer usw. Wenn Lübeck einen Arbeiterrat haben will, so ist das seine Sache.

Abg. K e t t l o h n (Soz.) meint, die Unruhe sei von den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei ins Volk getragen. — Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Notlage in Birkenfeld.

Abg. H u g (Soz.) richtet folgende Interpellation an die Staatsregierung: 1. Ist der Staatsregierung bekannt, daß in der Provinz Birkenfeld ein großer Mangel an Brennmaterial herrscht infolge Einstellung der Kohlenausfuhr? 2. Ist die Staatsregierung bereit, die Regierung in Birkenfeld zu ermächtigen, daß ohne Schädigung der Holzbestände in den Staatsforsten eine stärkere Erfassung der Bestände an geschlagenem Holz erreicht wird, und zwar durch 1. ein Ausfuhrverbot an Brennholz für die Dauer des Kohlenmangels; 2. Kontrolle des Handels mit Holz und Ausschluß illegaler Händler; 3. Abgabe des von Privaten geschlagenen Holzes, soweit es nicht für den eigenen Bedarf nötig ist, an den Kommunalverband unter Gewährung des Beschlagnahmehers; 4. öffentlicher Verkauf von der staatlichen und privaten Forstverwaltung wie bisher, aber nur an solche Kaufinteressenten, welche zum Schiffe ausgeföhrte und vom Bürgermeister bescheinigte Zeugnisse haben. — Begründung: Die Notlage durch den Mangel an Brennmaterial ist in Birkenfeld so groß geworden, daß Schritte unternommen werden müssen, durch Vernehmung des zum Hausbrand geeigneten Holzbestandes, sonst nicht die bereits eingeleitete Waidernutzung in erschreckender Weise zu z. v.

Staatsminister D r. D r i e r: Die Staatsregierung hat bisher nur aus Zeitungsnachrichten Kenntnis von dem Mangel an Brennstoffen erhalten. Von Behörden oder Privatpersonen sind keine Eingaben gemacht worden. Mit der Birkenfelder Regierung haben wir noch keine Geschäftsverbindung. Der zum Regierungspräsidenten gemähte Ausschuss. W o l m ist von den Feinden noch nicht beauftragt worden. Die Regierung in Birkenfeld kann jetzt schon selber Maßnahmen treffen, um die Ausfuhr von Holz zu verbieten. Unsere Regierung hat bisher keine besonderen Maßnahmen getroffen. Wenn die Lage geklärt ist, wird sie über der Birkenfelder Regierung sofort Kenntnis geben von dem bestehenden Mangel.

Abg. R a j c h e (Str.) Nach den mir gewordenen Mitteilungen ist der Kohlenmangel dadurch entstanden, weil das Kohlenprodukt große Mengen Kohlen nach Holland ausgeführt hat.

Abg. H u g (Soz.) Die Wahl des Abg. W o l m zum Regierungspräsidenten ist jetzt von den Feinden genehmigt worden. W o l m ist seit 8 Tagen erkrankt. — Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Interpellation des Jentrums betr. Aufhebung des Normalzins.

Abg. K ö n i g -L i n g e n (Str.): Hat die Staatsregierung Verhandlungen mit der katholischen Kirche zum Zwecke der Aufhebung des Normalzins vom 5. April 1831 bereits eingeleitet und wie weit sind dieselben gediehen? — Die Interpellation wird unterstützt durch die Abgeordneten Fröhle, Denis, Frau Brand, Sante, Feigel, Ceffers.

In der Begründung der Interpellation führte der Abgeordnete K ö n i g an:

Art. 137 Abs. 3 heißt es: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Aemter ohne Zustimmung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.“ In der Oldenburgischen Verfassung heißt es: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, unbeschadet der Rechte des Staates.“ Reichsgesetz geht aber über Landesgesetz. Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind also für das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche maßgebend. Nach der Reichsverfassung hat sich der Staat nicht in die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften zu mischen; es sei denn, daß die Schranken des für alle geltenden Gesetzes überschritten werden. Durch die Fassung des Reichsgesetzes verliert das Normativ vom April 1831 seine Gültigkeit. Eine Einmischung des Staates in die Ordnung und die polizeiliche Verwaltung der katholischen Kirche und die polizeiliche Verwaltung muß aufhören. In der 6. Sitzung der Oldenburgischen verfassunggebenden Landesversammlung am 22. Mai d. J. hat der Abgeordnete Dr. D r i e r ausführlich das Normativ behandelt und will in die Bestimmungen nicht einzeln wiederholen. Es kann ja jeder, der ein Interesse daran hat, es daselbst nachlesen, aber wie der Staat sich einmischen, möchte ich doch kurz erwähnen: Die Ernennung der Beamten und Kirchendiener bedürfen der Aufsichtung der Staatsgewalt (noch erst kirchlich gegeben). Die Pfarren haben der Staatsbehörde den Unterthanen zu leisten (in den meisten Bundesstaaten läßt sich aufgehoben). Die Kirchenverordnungen der Kirchgemeinden bedürfen der Genehmigung des Prä-

zials und des landesherrlichen Bevollmächtigten beim Offizial. Sie müssen außerdem noch in dreifacher Ausfertigung an die Kommission gehen und haben nicht eher Gültigkeit, als auch diese Kommission ihr Einverständnis darunter gesetzt hat. Politische Gemeinden bedürfen nicht dieser bureaukratischen Bevormundung, nur ausgeproben die katholische Kirche! In der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten bei Aufstellung der Voranschläge wird die katholische Kirche so benommen, daß bei der Aufnahme ein finanzieller Beamter dabei sein muß, daß sie die Zustimmung des staatlichen Bevollmächtigten beim Offizial und schließlich noch die Genehmigung der Kommission in Oldenburg haben muß. Steuern können nicht ausgehoben werden, ohne daß die Kommission ihre Zustimmung dazu gibt. Unbeweisplich seines Kirchenerwerbes kann nicht veräußert werden, ohne daß alle Instanzen gehört werden usw. Was wie weit aber die Einmischung des Staates geht, zeigt besonders der Fall, daß das Offizial einen Voranschlag aufzustellen und der Staatsbehörde zur Genehmigung vorzulegen hat, wenn es den Geistlichen, die ein nicht ausschließliches Dienstkommen haben, einen Zuschuß gewährt aus dem kirchlichen Hilfsfonds, der gebildet wird aus einer von Katholiken zu erhebenden sehr begrenzten Kirchensteuer.

Art. 51. In unserer Zeit muß eine solche Bevormundung doch eigenmächtig an und erinnert gar zu sehr an den alten Polizeistaat. Die katholische Kirche kann sich selbst verwalten und braucht nicht die staatliche Oberricht. Auf allen Gebieten will man Freiheit — man lasse auch der Kirche Freiheit und belasse sie nicht mit der Fesseln staatlicher Aufsicht. Auch im Freistaat Oldenburg soll die katholische Kirche ihre Angelegenheiten selbstständig in den Schranken der für alle geltenden Gesetze ordnen und verwalten können.

Darum richten wir heute an die Staatsregierung die Anfrage, ob schon Verhandlungen mit der katholischen Kirche zum Zwecke der Aufhebung des Normalzins eingeleitet sind und wie weit diese selbst gehen. Verlangen auch eine möglichst rasche Erledigung.

Staatsminister G r a e p e l: Die Staatsregierung ist bereits in eine Prüfung der Frage eingetreten. Mit dem Bischof von Münster haben Verhandlungen stattgefunden. Letzterer ist um Zusammenstellung aller Wünsche bemüht worden. Derselben wurde inzwischen entsprochen. Die übermittelten Wünsche unterliegen zur Zeit der Prüfung der Regierung.

Interpellation betr. Lieferung von Benzol.

Abg. F r ö h l e (Str.) Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um für die landwirtschaftlichen Betriebe die Bereitstellung einer größeren Menge von Benzol zu erwirken? — Die Interpellation wird unterstützt durch die Abgeordneten Danemann, König, Schmidt-Jetel, Schmidt-Bochhorn, Sante.

Zur Begründung der Interpellation führte der Abgeordnete F r ö h l e aus:

Meine Dame und Herren! Es ist eine zwingende Notwendigkeit, die uns veranlaßt hat, die heutige Interpellation an die Regierung zu richten. Allgemein ist die Klage über den Mangel an Benzol auf dem Lande. Der Landwirt, der über Motorbetrieb verfügt, weiß beim besten Willen manchmal nicht, woher er das nötige Benzol zum Korndreschen nehmen soll. Ganz unzureichende Mengen sind es, die zur Verteilung kommen. Man muß förmlich betteln, um etwas zu bekommen. Wir Landwirte sind ehrlich bedrückt, unser Korn zur Ablieferung zu bringen, weil wir die Not der Stadt kennen. Aber, meine Dame und Herren, sagen Sie mir, was soll geschehen, wie können wir unsere Pflicht erfüllen, wenn den Motoren und Maschinen der Brennstoff fehlt?

Ebenso ernst ist der Benzolmangel für das Handwerk. Auch der Handwerker, der gerne seine Aufträge und Arbeiten erledigen will, kommt öfter in große Verlegenheit, wenn es dem Betriebe an Benzol mangelt.

Angesichts dieser ersten Situation drängt sich dem Landbewohner unwillkürlich die Frage auf: Ist denn so wenig Benzol vorhanden, daß nur so kleine Mengen und Portionen verteilt werden können? Ich für meine Person und auch im Namen meiner politischen Freunde erkläre, daß nach unserer Auffassung der Mangel an Benzol doch wirklich nicht so groß sein kann, wie er auf dem Lande in die Erscheinung tritt. Sehen Sie sich nur einmal die vielen Autos an, die Tag und Nacht durch die Stadt Oldenburg fahren. Selbstverständlich nehme ich die Autos der Polizei und Lebensnotwendigen Betriebe aus. Hierfür müssen Autos zur Verfügung stehen. Aber die anderen Herrschaften, die in Autos durch die Straßen fahren, die scheinen doch von Benzolmangel noch nichts gespürt zu haben. Denken Sie weiter an die Autos, die nachts vor den Vergnügungshäusern auf der Gasse warten, um diese nachts zu besorgen, zum großen Vergnügen der Mitmenschen, die durch des Zoff jedesmal im ersten Schlaf geföhrt werden. Auch auf dem Lande ist man wenig erfreut darüber, wenn in stiller Nacht ein Auto durch die Straßen rast. Auf der einen Seite also anscheinend große Benzolverfügung und auf der andern Seite großer Benzolmangel für unsere Landwirtschaft, denen immer gesagt wird, es könne nur wenig Benzol verteilt werden. Was ist nach unserer Meinung ein föhrender Gegenfall, auf den wir das Augenmerk der Regierung hinlenken möchten. Der Verkehr der Autos darf ruhig eingeschränkt werden. Man sucht ja überall neue Steuerquellen. Vielleicht nimmt man einmal die Autobesitzer unter die Lupe. Ich bitte jedenfalls die Regierung dringend, daß sie mit allem Nachdruck für eine bessere Benzollieferung der Landwirtschaft einsetzt und dem Grundbesitzer verhofft, der der einzig richtige nach unserer Meinung ist: Benzol gebt zu erst der Land-

wirtschaft und ganz zuletzt erst den Vergnügungssantos.

Ober-Reg.-Rat M u h n e b e r: Nach den bestehenden Bestimmungen ist der Bedarf an Benzol allmonatlich bis zum 10. dem Amt oder der Stadt anzumelden; diese geben die Anmeldeung bis zum 12. an die Landwirtschaftskammer weiter und letztere übermittelt die Anmeldeungen nach Berlin, welcher die Belieferung veranlaßt. Seit zwei Monaten ist die als Bedarf angemeldete Menge Benzol in vollem Umfang geliefert worden, sogar Benzin. Es liegt im eigenen Interesse der Landwirtschaft, wenn sie ihren Bedarf möglichst rechtzeitig anmelden. Die Regierung wird alles tun, um weitere Mengen zu erlangen. Im November kamen 15 000 Liter. Betriebsstoff mehr zur Verteilung als im Oktober. Jedenfalls wird nichts unversucht gelassen, um die erforderlichen Mengen zu bekommen. Was die Autos angeht, so werden diese nur beliefert, soweit hierzu ein öffentliches Interesse vorliegt. Nachts zu fahren ist verboten. (Ra. na.)

Abg. F r ö h l e (Str.) Die Antwort hat mich nicht befriedigt. Gemähte Personen sind seit Jahresfrist aufgebracht. Die Landwirte bekommen nur ganz wenig. Auf der Ostseite fährt alle 5 Minuten ein Auto, auch nachts sind sie viel zu sehen. Sie sind zu einer Landpage geworden. In erster Linie müssen die landwirtschaftlichen Betriebe beliefert werden, erst dann die Autos.

Die Beprechung ist damit beendet.

Notwendigkeit des Handwerkerbundes.

Der in Hannover gegründete Norddeutsche Handwerkerbund erucht den Landtag in einer Eingabe um seine Unterstützung.

Abg. R a j c h e -R ä t t r i n g (Str.) teilt aus den Ausfuhrverhandlungen mit, es sei zur Kenntnis gebracht, daß für den Freistaat Oldenburg ein Niederfachlicher Handwerkerbund sich gebildet hat, der noch im Ausbau begriffen ist. Dieser Handwerkerbund müßte zuerst in Anspruch genommen werden. Im übrigen liege auch heute noch die Handwerkskammer in allen wirtschaftlichen Handwerkerfragen als gebene Stelle anzusehen. Die Angelegenheit wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Anstellung eines dritten Oberschulrats im Evangelischen Oberchulkollegium.

In Vorlage 17 beantragt die Staatsregierung die Mittel, um ein drittes Mitglied des Evangelischen Oberchulkollegiums anstellen zu können.

Abg. H e i l m a n n (Soz.) wünscht, daß die Stelle mit einer aus dem Lehrerbienne herangezogenen Person besetzt wird, die das Vertrauen der Lehrerschaft besitze.

Staatsminister G r a e p e l: Die Besetzung der Stelle und die Auswahl der Person muß der Regierung überlassen bleiben. — Der Landtag in seiner überwiegenden Mehrheit stimmte dieser Ansicht zu und nahm den Antrag der Regierung an verändert an.

Der Entwurf eines Gesetzes wegen Hebung der Einkommensteuer und Vermögenssteuer für das 2. Steuerhalbjahr 1919 wird genehmigt, ebenso der Entwurf eines Gesetzes wegen Veränderung der Besoldungsordnung der Eisenbahner. Die Nachweisung der steuerlichen Gemeinden des Landes im Jahre 1916/17 wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Abkürzung der widerruflichen Dienstzeit für Lehrer an den Volksschulen.

Gemäß § 55 des Schulgesetzes wird nach Ablauf einer fünfjährigen Dienstzeit unter Anrechnung der aktiven Militärdienstzeit den Lehrern die widerrufliche Anstellung erteilt, falls sich Bedenken nicht ergeben. Nach dieser Bestimmung entfällt für Lehrer, die länger als ein Jahr im Kriegsdienst standen, eine Benachteiligung gegenüber ihren Kollegen, die garnicht oder kürzere Zeit eingezogen waren. Der vorliegende Gesetzentwurf will die sich daraus ergebende Härte für die in Betracht kommenden Lehrer nach Möglichkeit beseitigen.

Der Abg. W o l m und S t u k e n b e r g beantragen folgende Veränderung des Entwurfs: Die Dienstzeit, während der die Lehrer an den Volksschulen widerruflich angestellt sind, wird für Kriegsteilnehmer um die Zeit des Kriegsdienstes, jedoch höchstens bis auf 2 Jahre, abgekürzt. Was als Kriegsdienst anzusehen ist, entfällt das Ministerium. — Der Entwurf wird angenommen.

Dem zeitigen Inhaber der Pflanzentasse bei der Erparungskasse in Birkenfeld werden die Rechte eines Zivilstaatsdieners verliehen. Zur Eingabe des Vereins Oldenburg Apotheker befr. Konfessionserteilung für Apotheker wird der Ansuchen Antrag angenommen.

Für erledigt erklärt werden die Eingaben des Gemeindebundes Wobhorn, des O. Brünjen und des landw. Vereins Spohle und Umgebung betr. Zwangsverpflichtung.

Es folgt die Eingabe des

Landesbankiers und der Kapelle wegen Behebung der zweiten Hälfte der Beschaffungsbefehle aus Staatsmitteln.

Die Mehrheit des Finanzanschlusses beantragt, die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen u. 45 000 M. nachzubewilligen. — Die Abg. J o r d a n (Soz.) und L e j f e r s (Str.) beantragen Uebertragung zur Tagesordnung. — Die Angelegenheit wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Für die Bewehr- und Pflegenkosten Kloster Blankenburg werden 57 000 M. bewilligt. — Die Eingabe der Landesvereinigung des Volksbundes Schube der deutschen Kriegs- und Zivilverwundeten pp. wird der Regierung zur Berücksichtigung überwießen.

Notiz für Auslandsdeutsche.

Der Landesauschuss richtet die dringende Bitte an den Landtag, die Staatsregierung zu ersuchen, folgende Verordnung zu treffen: 1. Deutschen die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder dauernden

Aufenthalt im Auslande gehob oder ihren Beruf dort ausgeübt haben oder aus Anlaß des Krieges im Auslande wegen ihres Berufes interniert worden sind, können, sofern sie durch den Krieg in erhebliche wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, insbesondere zur Wiederaufnahme einer Tätigkeit im Auslande Unterfertigungen aus Landesmitteln gewährt werden. Voraussetzung ist für Deutsche Oldenburger Abstammung, Wohnsitz in Oldenburg. 2. Für die Gewährung dieser Unterfertigungen stellt der Landtag vorerst 100 000 M zur Verfügung. Die Unterfertigungen werden von einer Spruchkommission gewährt.

Abg. Kohse möchte, daß jetzt schon Mittel zur Verfügung gestellt werden. Staatsminister Meyer: Die Staatsregierung wird dem Bedürfnis in weitgehendstem Maße Rechnung tragen. Die Städte und Kleinstädte sind angemessen, Anmeldebüros entgegen zu nehmen.

Abg. Aschke (Str.): Es sind in Rüstingen Klagen aufgetreten, daß Personen die Unterfertigung erhalten, die keine Auslandsdeutsche waren. In Zukunft muß das vermieden werden.

Abg. Keffers (Str.) stellt den selbständigen Antrag, die Regierung zu ersuchen, Bestimmungen zu treffen, die die Arbeit der Arbeiter in der Neuherstellung zu unterwerfen und höhere Befehle einzuführen. Die Anshandlung des Gesuches muß von der Bedürfnisfrage abhängig sein. — Der Antrag wird dem Ausschuss übermiesen.

Ministerpräsident und Südböbinger Landbund.

Abg. Feigel (Str.): Der Herr Ministerpräsident hat in der Plenarsitzung der vergangenen Woche in seiner großen Rede in der Versammlung Erwähnung getan, welche nur kurz in Langföden bei Weich stattgefunden hat und in welcher geschäftliche Forderungen aufgestellt und vertreten sein sollen. Der Vorsitzende des Südböbinger Landbundes, der Landwirt Meyer in Holte bei Damme sei in dieser Versammlung als Redner aufgetreten und habe sich an diesen Antrieben beteiligt. Ich und meine politischen Freunde mit mir waren über diese Mitteilungen in höchstem Maße erstaunt und bedauere ich heute noch, daß ich keine Gelegenheit hatte, sofort unseren Empfindungen Ausdruck zu geben, so daß ich es heute nachholen muß. Ich habe nun inzwischen Gelegenheit gehabt, den Artikel in der Oldenburgischen Volkszeitung zu Gesicht zu bekommen, auf den allein anscheinend der Herr Ministerpräsident sich stützte und muß bekennen, daß dieser mir keine Veranlassung gibt, den Vorwurf, der gegen den Vorsitzenden des Südböbinger Landbundes erhoben wurde, als berechtigt zu erkennen. Nachträgliche Ermahnungen, welche ich einzuziehen Gelegenheit hatte, haben ergeben, daß Herr Meyer-Solte die Verhandlungen der vom Herrn Ministerpräsidenten geleiteten Artstaktanden. Meine politischen Freunde und ich bedauern die, gelinde gesagt, unvorsichtige Art und Weise, mit welcher ein in weitem Kreise des südböbinger Oldenburg hochachtbarer Mann hier im Landtage angegriffen wurde. Wir bedauern es, daß ein einfacher Zeitungsartikel, der zudem noch meiner Auffassung eine Anklage gegen Meyer nicht einmal rechtfertigte, zu einer Injurie gegen einen Mann benutzte wurde, dem die allgemeine Achtung nicht verlagert werden kann, der aber nicht in der Lage war, sich gegen die ihm zugefügten Angriffe zu verteidigen.

Ministerpräsident Tanzen: Der Abgeordnete Feigel hat dem Herrn Meyer-Solte einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die in der Versammlung in Langföden angenommene Resolution war das Produkt des Vortrages von Meyer-Solte. Dies ist der Kern der Sache. Er trägt die Verantwortung. Ich habe eine klare Sachliche Unterredung angerechnet. Ueber den Vorgang ist mir eine Schrift zugegangen. (Laut: Von wem?) Tanzen: Das möchten Sie wohl wissen. — Meyer-Solte soll behauptet haben, daß er keine um allgemeinen Schaden Bekannte beschuldigen. Die Pakete waren mit Fleisch aus Geheimfachungen angefüllt. (Hört hört!) Geradezu unverständlich ist, was über die Ausfuhr der Ferkel ausgesagt wurde. — Der Staatsanwalt wird untersuchen, was von dem Zeitungsbericht wahr ist und was nicht wahr ist.

Abg. Feigel (Str.): Einen Zeitungsartikel sollte man nicht zu solchen schweren Angriffen gegen den Mann benutzen. Die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß der von uns allen hochgeschätzte Mann es wahrlich nicht verdient hat, als ein solcher Sünden behandler zu werden, als dies von dem Herr Ministerpräsidenten geschehen ist. (Zust.)

Abg. Aschke (Str.) legt Verwahrung ein gegen das Vorgehen des Herrn Ministerpräsidenten. Bisher war es nicht üblich, daß gewöhnliche Zeitungsnotizen hier im Landtage zu solchen schweren Angriffen benutzt wurden gegen Personen, die hier nicht anwesend sind und sich nicht verteidigen können. Von den bisherigen guten Gepflogenheiten sollte nicht abgewichen werden. Im Jeverland und Aufzählungen sind mehr Geheimfachungen vorgekommen als im Ministerlande. (Zust.)

Abg. Enneking (Str.) hat festgestellt, daß die Angelegenheit denn doch nicht so unklar ist, als sie hier heute hingestellt wird. Ich habe mich erkundigt und erfahren, daß die in dem Zeitungsbericht erwähnten Worte in der Versammlung in Langföden gefallen sind. (Laut: Im Hause. Hört, hört!) Es handelt sich um einen Kranken, der von ihm gesprochen sein. Nur seiner Krankheit ist dies zuzuschreiben.

Abg. Föbke (Str.): Gestern haben wir vom Landbund in Oldenburg die Angelegenheit besprochen an der Hand des Protokolls. Beschäftigt sind nicht in Langföden gefas, die bezeichneten Worte sind nicht gefallen. Es ist unverständlich, daß ein gewöhnlicher Zeitungsbericht zu solchen schweren

Angriffen gegen den vor uns allen hochgeschätzten Mann benutzt werden. Meyer Solte kann einer Unternehmung mit Ruhe entgegensehen. (Zust. Zustimmung.)

Die Aussprache ist damit beendet. — Präsident Tanzen wünscht allen Abgeordneten fröhliche Festtage. — Schluß 2 Uhr.

Offener Brief an den Herrn Ministerpräsidenten Tanzen.

Gelegentlich der Besprechung der Eingabe des Herrn Abg. Schmidt-Bachhornsfeld haben Sie sich im Plenum in einer Rede sehr abfällig über den S. D. L. und dessen Vorkämpfer geäußert und zwar auf Grund eines Sozialnachrichtensartikels, der unter Langföden in Nr. 286 der Oldb. Volksztg. erschienen ist. In diesem Artikel wird zunächst berichtet, daß der Vorsitzende und der Hauptgeschäftsführer des S. D. L. dort in einer von 300 Personen besuchten Versammlung geredet haben und daß deren Ausführungen beifällig aufgenommen wurden; weiter wird mit keinem Wort auf die Reden eingegangen. Der Artikelschreiber berichtet dann weiter, daß allerlei Mißgriffe und Mißstände aus der Versammlung heraus zur Sprache gebracht worden sind, ferner, daß gefordert werde, folgende Anträge an die Regierung zu senden:

- 1. Freie Ausfuhr von Zucht- und Nupfzög. 2. Das Ausfuhrverbot für Ferkel dahin zu ändern, daß das Höchstgewicht statt 25 Kgr. auf 35 Kilogramm festgesetzt wird.

Es steht aber keineswegs im Artikel, daß sich auch der S. D. L. nun diese Forderung auch zu eigen gemacht hat. Zu der Forderung unter 1 bemerkten wir, daß sich die Versammlung tatsächlich nur für die Forderung des Deutschen Landbundes ausgesprochen hat, nämlich Freigabe der gesamten Fleischbewirtschaftung verlangt. Im übrigen ist aus Nr. 2 unserer Zeitschrift „Die Seimat“ vom 28. Nov. 1919 unser Standpunkt betr. Ausfuhrverbot für Kinder und Schafe ersichtlich. Dort stehen nach Anführung eines Antwortschreibens, das von Ihnen, Herr Ministerpräsident, unterzeichnet ist, und in dem die Gründe für das Ausfuhrverbot dargelegt sind, wörtlich folgende Ausführungen:

„Die Stichhaltigkeit dieser Gründe müssen wir Landwirte unbedingt anerkennen. Es wird sich nur darum handeln, festzustellen, ob und während der Zeit der Ausfuhrsperr einige Erleichterungen möglich sind usw.“

Falls der Herr Vorsitzende des S. D. L. und der Herr Hauptgeschäftsführer, die um 7 Uhr mit dem Zuge nach Oldenburg, noch anwesend gewesen wären, würden sie sich sicherlich gegen den unter Punkt 1 genannten Beschluß gewandt haben. Der Schreiber des genannten Artikels fährt dann fort, daß noch einige andere Forderungen erhoben und daß bemerkenswert sei, daß evtl. die Lieferung von Vieh ganz eingestellt würde usw.

Wo steht aber, daß mit diesen Forderungen und Bemerkungen, die vielleicht nur die Ansicht einiger Anwesenden war, sich der S. D. L. einverstanden erklärte. Es ist doch nicht anzunehmen, daß man alle Wünsche und Forderungen, die auf einer solchen Versammlung vorgebracht werden, nun dem S. D. L. unterstellt.

U. E. ist es unverantwortlich und leichtsinnig von Ihnen, Herr Ministerpräsident, auf Grund eines Zeitungsartikels solche schwere Anklagen gegen den S. D. L. zu erheben. Besonders unvorsichtig, nun auch noch dem Vorsitzenden des S. D. L. persönliche Vorwürfe machen zu wollen, der ja dort nur sachliche Ausführungen vorzutragen hatte und gar nicht einmal Leiter der Versammlung war.

Wir können vom ersten Beamten des Landes verlangen, daß er sich erst unterrichtet, bevor er solche schweren Vorwürfe gegen den S. D. L. erhebt, der Neuzugehört der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Ministerlandes umfaßt, und nicht auf Grund irgend eines Zeitungsartikels unhaltbare Anklagen, die die Bevölkerung in den Städten aufheizen, gegen die Landwirte erhebt. Nicht wir sind es, die hegen, wohl aber sind solche Reden geeignet, beunruhigend auf die städtische Bevölkerung einzuwirken.

Ferner möchten wir Sie, Herr Ministerpräsident, auf den Umshan-Artikel in der 3. Nummer unserer Zeitschrift vom 12. Dez. aufmerksam machen, worin sich folgende Stelle befindet:

„Gern richten wir an unsere Mitglieder, besonders an die Vorstände der Bauerschafts- und Gemeindebünde die Aufforderung, ihre Pflicht zu erfüllen und ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die Bauerschaften und Gemeinden ihre Pflicht tun. Wir haben übrigens in allen Verfammlungen unermüdet auf diese Notwendigkeit hingewiesen“ usw.

Es das, Herr Ministerpräsident, vielleicht nicht das Gegenteil von dem, was Sie uns vorgelesen haben? Ist das Aufwiegelung des Volkes?

Wir dürfen wohl erwarten, daß Sie als Ehrenmann die im Landtage erhobenen Vorwürfe zurücknehmen. Sie haben nach dem

Berichte in der „D. N.“ den Satz ausgesprochen: „Die Moral des Volkes, die Achtung vor dem Gesetz schwinde rapide.“ Wir hoffen, Herr Ministerpräsident, daß Sie als oberster Staatsbeamter der Wahrheit die Ehre geben werden. Wer die Achtung vor der Wahrheit untergräbt, wird sicherlich nicht die Autorität vor dem Gesetz befestigen.

Der Vorstand des S. D. L.

Aus dem oldenburg. Minkerland

Behta, 22. Dezember.

Die Handelskammer schreibt uns: Nach einer uns gewordenen Mitteilung ist die nach dem neuen, in Kürze in Kraft tretenden Umfassungsvergesetz zu entrichtende Umfasssteuer mit rückwirkender Kraft von dem Empfänger der Ware auch auf die Lieferungen zu bezaplen, die vor dem 31. Dezember d. Js. erfolgt sind, falls solche nicht bis dahin bereits bezahlt wurden. Es dürfte sich daher empfehlen, daß die Empfänger von Waren ihre Rechnungen bis spätestens Ende dieses Jahres begleichen, um sich eine nicht unerhebliche Mehrausgabe durch die erhöhte Umfasssteuer zu ersparen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 22. Dezember.

Der Preis für frisches Rindfleisch beträgt fortan für das Pfund 3,80 Mk. Frische Bebrwürst kostet 3 Mk. und Rotwürst 2,80 Mk. Der Fleischverkauf findet hier Stadt und Amt in dieser Woche wegen der Weihnachtsfeiertage schon am Dienstag und Mittwoch statt.

Die Heilige Solbaten haben sich gestern nach Marienfeld begeben, wo sie mehrere Tage verweilen und sich an den Aufräumungsarbeiten beteiligen werden. Gestern und heute fuhr von hier zahlreiche Schaulustige nach Marienfeld, um sich die dortigen Verwüstungen anzusehen.

Ein großer Streik der Post- und Telegraphenarbeiter drohte auszubrechen, weil die von letzteren aufgestellten Lohnforderungen vom Reichspostministerium abgelehnt waren. Zu einem Streik wird es nun aber zum Glück nicht kommen, weil inzwischen auf Verfügung aus Berlin mit den betr. Organisationsverbänden eingeleitet wird. Den Telegraphenarbeitern soll mit Wirkung vom 1. Dezember eine erhebliche Lohnerhöhung zuteil werden.

Letzte Nachrichten.

Die Pariser Verhandlungen.

TU Bern, 22. Dez. (Drahtb.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat der Alliierten hat Sonntag Nacht getagt. Er wird sich erst am Montag früh versammeln. Wenn die britische Abordnung neue Instruktionen erhalten hat, wird der Oberste Rat das Studium der von Deutschland zu verlangenden Entscheidungen fortsetzen. Die britische Delegation hat, wie schon gemeldet, verlangt, daß an Ort und Stelle in Danzig und den verschiedenen westlichen Häfen durch Sachverständige Feststellungen stattfinden sollen, über wieviel Schiffsmaterial Deutschland zur Zeit noch verfügt. Das Ergebnis dieser Feststellungen könne zur Auffassung des Urteils der Alliierten außerordentlich wichtig sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Mittwoch zwischen den deutschen und alliierten Sachverständigen Beratungen stattfinden.

TU Järich, 22. Dez. (Drahtb.) Ueber die Art der von Deutschland zu leistenden Kompensationen herrschen im Obersten Rat Meinungsverschiedenheiten. Die britische Delegation hält fest an dem Wortlaut des Protokolls vom 1. Novbr., das sie nicht ändern könne ohne ausdrückliche Zustimmung der englischen Regierung. Dagegen nimmt die französische Kommission den entgegengesetzten Standpunkt ein. Die militärischen Sachverständigen verlangen sofortige Ablieferung der leichten Kreuzer, während die politischen Kreise mit einer Realen auf Grund der dtsch. Vorschläge, die Lieferung von mehrere Jahre festhalten, zufrieden sind. Diese Gegenständigkeit der Auffassung brachte es mit sich, daß in dem Augenblick, als die französische Delegation bereit war, die deutschen Vorschläge anzunehmen, vom französischen Admiralstab ein Veto erfolgte, dem sich die Delegation fügen mußte. Da wieder die Regelung des Zwischenfalles einige Zeit erfordert, wurden die Deutschen ersucht, genaue Angaben zu machen:

- 1. über die Zahl der im deutschen Besitz befindlichen Schwimmdocks, 2. über den Zeitraum, in welchem die deutschen Kriegsschiffe als Ersatz der fünf leichten Kreuzer und andere Schiffe bauen könnten.

Die Auslieferung der „Schuldigen“.

WTB Paris, 22. Dez. (Drahtb.) Die vom Obersten Kriegsrat eingeleitete Kommission zur Aufstellung eines Verzeichnisses der durch Deutschland auszuliefernden „Schuldigen“

hielt drei Sitzungen ab. Die Vorarbeiten für die Einleitung des Gerichtsverfahrens sind bereits soweit fortgeschritten. Mehr als 500 Namen, in der Mehrzahl militärische Personen, 1 Sohn Kaiser Wilhelm, Kronprinz Rupprecht und eine Reihe von Armeeführern mandernden stehen auf dem Verzeichnisse. Von allen alliierten Regierungen werden der deutschen Regierung 1500 Namen mitgeteilt werden. Das Verfahren solle vor dem Militärgericht in Paris im Laufe des Jahres 1920 stattfinden.

Knappe Mehrheit für die Regierung in der italienischen Kammer.

WTB Rom, 22. Dez. (Drahtb.) Stefani. Die Kammer hat mit 242 gegen 216 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, wonach nach Anhören der Regierungserklärungen die provisorischen Budgetzölle bewilligt werden. Ritti hatte die Vertrauensfrage gestellt.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Hohl, Behta, Druck und Verlag: Weidner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Behta.

Gesangverein des Gesellen-Vereins

Seite (Montag) abend 8.30 Uhr Übung.

Lofer Kainnt

ist ab Wagon Falkenroff und Schneider aus ankommenen Ladungen in nächsten Tagen gegen vorherige Anmeldung zu haben.

Behta i. O. D. Schröder.

Mein überseeischer Tabak, ohne Stengel, Fein- und Grob schnitt, Cigaretten, Cigaretten, lange und kurze Pfeifen.

Damme. E. S. Mähler.

Den geehrten Bewohnern von Behta und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich von heute ab ein

Schneider-Geschäft

für seine Damen- und Herren-Sardecose eröffnet habe.

Durch meine langjährige Tätigkeit in ersten Geschäften in Reinland und Weßeln bin ich in der Lage, ein elegantes Kleidungsstück anzufertigen. Für prompte und preiswerte Bedienung werde ich Sorge tragen.

Franz Engelmann, Damen- und Herren-Schneider, Behta, Oldenburgerstraße 51.

Bergamendärme, trockene Kranzdärme, gesalzene Därme, Wursthaut, Wurstriggen sowie Gewürze empfiehlt Wiederverkäufern Billigt.

Jos. Middendorf, Behta i. O., Fernruf 3

Weisskalk

eingetroffen.

Behta. Jos. Warming.

Weiß Bohnen, Fedbohnen, große Bohnen, grüne und gelbe Erbsen, laßt bei kleinen und großen Posten zu guten Preisen

Jos. Middendorf, Behta i. O., Fernruf 8.

Gummi-Isolierten Leitungsdraht

mit Kupfer-Seele für Lichtanlagen. 100 Meter nur Mark 15.— 1000 Meter nur Mark 150.—

gibt ab W. Lambrecht, Oldenburg i. O., Peterstraße 30.

Lohne.

Geflügel- und Kaninchen-Abnahme am Dienstag, d. 23. Dezember, von 9—11 Uhr bei Wirt Stadioghe-Reet.

Vechna. Franz Suerdieck.

Barne Herrenhemden in großer Auswahl. Normal-Hemden, Barand-Hemden, Futter-Hemden, Flanel-Hemden. Normal-Hosen, Barand-Hosen, Futter-Hosen, Flanel-Hosen. M. Sekufmann, Oldenburg, 38 Katernstraße 38.

Schützenverein Mühlen.
Theater-Aufführung
 am Freitag, 26. Dez. (2. Weihnachtstag),
 Sonntag den 28. Dez. und Neujahr im
 Saale des Herrn Nordböhne.

Programm:
Die Räuber auf Maria Kulm
 oder: Die Nacht des Glaubens.
 Historisches Schauspiel in 5 Aufzügen von
 Meinhardt.

2. Binings Lena
 oder: Wien Gen an Alles.
 Lustspiel in 1 Akt.

3. Hans Krax
 off das tolle Schmeiseln, von Nazohme.

**4. Der kurze, dicke Diederich und
 der schmale, lange Friedrich.**
 Solofolien von Neumann.

5. Fensterpuger Alettersteige.
 Originalbrett von Leubner.
 Eintritt 2 Mark.
 Anfang 6 Uhr.

Um Überfüllung des Saales zu vermeiden,
 werden Karten nur im Vorverkauf
 ausgegeben und zwar bis 120 für den
 26. Dez., bis 240 für den 28. Dez. u. f. w.
 im Vereinslokal Nordböhne.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand.

**la. Weihnachtskerzen
 und Christbaum schmuck.**

Damme. C. H. Mähler.
 Zitronen, Feigen, Korinthen, Rosinen,
 Pfäunen, Tee, Kakao, frisch gebr. Kaffee,
 Puddingpulver, Meis, Stärke, Sago, Scho-
 kolade, Gewürze, Soda und Waschpulver
 (Friedensware), Zwiebeln.

Damme. C. H. Mähler.

Unsere Kassen bleiben am Mitt-
 woch, dem 24. Dezember, nachmittags
 und am 27. Dezember während des
 ganzen Tages

geschlossen.

Oldenburgische Spar- u. Leihbank
 Filiale Dohne.

Als pailendes Weihnachts-
 Geschenk für die Hausfrauen

empfehle mein reichhaltiges Lager in
**Esservicen, Kaffeesservicen,
 Teeservicen mit hübschen
 Decors — Kaffeesservice
 in Nickel,**
 ferner reiche Auswahl in
emaillierten Geschirren
 wie Töpfe, Pfannen, Kaffeekessel,
 Eimer u. s. w.

Veckta. Aug. v. Wahlde.
 Telefon Nr. 8.

Größere schwarz emaillierte

Bauernherde
 (System Klappbüch) wieder eingetroffen.

Veckta. Aug. v. Wahlde.
 Telefon Nr. 8.

Zu Weihnachtsgeschenken
 empfehle:

Spielsachen aller Art, Iederne Damentaschen,
 Porzellan, Cigarren- und Zigaretten-
 etuis, Stöcke, Schmucksachen, Korbwaren,
 Sessel, Reifkörbe, Einlochapparate, Alu-
 minium-Kochtöpfe, Fleischhacker, Brotschneide-
 maschinen, Wandkaffeemühlen, Glas, Por-
 zellan, Steinzeug, Töpferwaren. Große Aus-
 wahl in heiligen Statuen, Crucifixen.

Damme. C. H. Mähler,

Haferflocken
 (markenfrei),
Remy-Stärke
Sago
Reis
Maispulver
Zuddingpulver
Saucepulver
Vanillestangen
Sewürz-Aroma

Kaffee
 ff. geröstet
Kaffee ff. roh
Tee | feinste
Kakao | Sorten.

Chocoaden
Keks
Bonbons.

Rosinen
Korinthen
Sewürze
aller Art.

Amerik. Salmon
in Dosen
Salzheringe
**Bismarck-
 keringe**
Rohmops.

Kerzen
Bohnenmasse
Feudel
Cocosbesen
Haarbesen
Teppichbesen
Abseifbürsten
Schrubber
(Friedensware)

Toilettenseifen
aller Art.
Kernseifen
Schmierseife
Waschpulver
Bleichsoda
Soda (lose).

**D. Schröder,
 Veckta.**

Ein willkommenes Weihnachts-
 geschenk für jedermann sind
Cigarren, Cigaretten u. Tabak.
 In vorzüglicher Qualität und sehr preis-
 wert zu haben bei
Damme. G. Huntemann.

Besitzer trächtiger Stuten
 versehen dieselben am Besten und billigsten
 bei der in zahlreichen Landwirtschaftskammern
 landwirtschaftlichen Vereinen, Bauern-Vereinen
 im Vertragsverhältnis stehenden oder
 von ihnen empfohlenen

**Rheinischen Pferde- und Vieh-
 Versicherungs-Gesellschaft a. G.
 zu Köln.**

Feste billige Prämie!
 In die Versicherung können auch Verluste
 durch Stoll (Aufschlag nur 1/2%) und auch
 Verluste an den zu erwartenden Fohlen mit
 eingeschlossen werden. Bei Verlankung folgen-
 lose Verlängerung der Haftzeit bis zu 10
 Wochen nach der Geburt.

**Entschädigung für Stuten 80%,
 für Fohlen ebenfalls 80%.**

Grundlag: Billigste Verwaltung, daher
 höchste Leistung! Wiehens-Jahresversicherun-
 gen und alle anderen Versicherungen
 werden ebenfalls zu billigsten Prämien über-
 nommen.

Gesamtversicherungssumme 1918 über 184
 Millionen, Gesamtprämieinnahme über 5
 Millionen.

Nähere Auskunft erteilt die Direktion in
 Köln sowie die Vertreter

**Subdirektion-Neumünster, Klosterstr. 2,
 Generalagent Wih. Schulze, Lübeck, Mengstr.
 64, H. Willen, Damme i. Oldbg.**

Tätige Agenten gesucht.

Moderne Drucksachen
 für Privat- und Geschäftsbedarf

liefert
 bei billigster Preisberechnung
 = und schnellster Bedienung =
 unsere

mit Rotationsmaschine, Schnellpressen
 und sonstigen Druckmaschinen, Perforier-
 und Schneidmaschine, Sehmashinen,
 Rund- und Flachstereotypie, sowie reich-
 haltigem Schriftmaterial und großem
 Papierlager ausgestattete Druckerei:

Vecktaer Druckerei und Verlag
 G. m. b. H.
 Veckta i. Oldbg.

THEATER
 am zweiten Weihnachtstage und am Freitag
 den 27. Dezember, nachmittags 5 Uhr,
 im Saale des Herrn A. U. Overmeyer,
 Steinfeld.

Programm:

1. „Elmar“.
 Schauspiel in 6 Aufzügen nach Webers
 „Die zehn Linden“ von Dr. Joh. Faust
2. Couplet: Da geht dem Mann ein
 Licht auf von Max Kessel.
3. De grante Romet of Weg mit'n
 Drea von E. Markus.
4. Der Traumdeuter.
 Kostümszene von Otto Reuter.
5. Auf der Wacht.
 Lebendes Bild mit Gesang.

In den Parken Streifenkonzert und Pieder-
 vortrage. — Eintritt für Erwachsene 3 Mark,
 nachmittags 4 Uhr. Anfang 6 Uhr.
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
 der Männergesangverein Frohlinn.
 NB. Generalprobe am 1. Weihnachtstage,
 nachmittags 4 Uhr. Eintritt für Kinder 50 Pfg.

Zu unserer Weihnachtsfeier, bestehend in

Konzert und Theater
 am 2. Weihnachtstage, nachmittags 5 Uhr, laden
 wir hiermit freundlich ein.

Sesangverein Concordia, Soldenstedt.

Preiswert kaufen Sie

Halbleinen Hemdentücher Koh-Wessell Hemden-Körper Barchend in weiß, grau und gestreift Blau-Leinen für Schürzen Schürzen-Stoffe in großer Auswahl Farbige Schürzen Woll-Unterzeuge Bett-Rattune (siehe 300 Meter vorhanden) Manchetter in braun und grün.	Gestreifte Damen-Westen Reinwollene Socken Reinw. Damenstrümpfe " Kinderstrümpfe " Handschuhe Unschlagtücher Taschentücher in weiß und bunt 500 m Gummiwand p. Meter 260 u. 295 Pfg. Blau-Leinenband Weiß-Leinenband Schürzen-Beig in allen Farben Seidenband
---	---

Sammet — Plüsch
 (Schwarz) für Mäntel
 bei

Clem. v. Döllen, Visbek. Telef. : 13 :

**Zum
 Weihnachtsfeste**
 empfehle:

**f. Kokkafes,
 ff. gebr. Kaffee,
 Japan. Reis,
 Feigen,
 Pfäunen,
 Korinthen,
 Keks,
 Remy-Stärke,
 Zuddingpulver,
 Lose und in Paketen.**

**Clem. v. Döllen,
 Visbek.**

Weihnachts-Zigarren.
Rauchtabak, rein überseeisch,
 a Hund 18 Mark, solange der Vorrat reicht.
Bakum. Heiner. Blömer,
 Zigarrenfabrik.

Soeben eingetroffen:

**Sutes Wollgarn (Strickgarn),
 schwarz u. grau, handarbeits-
 vorlagen, sowie Stickschleide u.
 D. M. C. Stickschleide.**

J. H. Wiegels, Damme i. O.

Verreist
 vom 24. bis einsch. 29. Dezember.
Dentist Ludw. Neuhardt,
 Zahnpraxis Damme i. Oldb.

Leht. Kautabak,
 aus reinem Tabak hergestellt,
 tabaklos, schmackhafte Ware
 in gr. Rollen, gebreit und un-
 gebreit, jedes Quantum lieferbar.
 Preisberechnung nach Preis-
 liste Nr. 6. — gegen Nach-
 zahlung.

**H. Core, Frankfurt a. M.,
 Gabelnstraße 15.**

Brennholz
 400 Stk in Säcken bis 2 Wm.
 kauft frisches Kiefernholz frei
 Wagon Verladung.
**H. J. Kayser, Osnabrück
 Fernruf 1190.**

**Kaufe
 Schlacht-
 Pferde**
 zu den höchsten Preisen
 Bei Mitteilung per Tele-
 phon komme sofort. Bei
 Nachschaltung schnelle
 Erledigung.

**W. Petersabend,
 Osnabrück, Commende-
 straße Nr. 60, Fernr. 616
 Pferdeversicherungen über-
 nehmung auf Jahresabschluss.**

**Zackstiere wieder.
 Med-Rat
 Dr. Nolte.**
 Amisarzt, Kassen- und
 Lehnarzt.
Kreuzothle.

**Dinlager Mobiliar-Feuer-Versiche-
 rungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit.**

Einladung
 zu einer außerordentlichen Generalversammlung
 am Sonntag, dem 28. d. Mis., nachmittags 5
 Uhr, im Saale von H. Mäkel.

Tagesordnung:

1. Berichterung resp. Beschlußfassung über die
 Zahlung von Dividenden-Abschlägen.
2. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedens für die
 Restdienstzeit des verstorbenen Vorstandsmit-
 gliedes Jeller B. H. Schwermann.

Die Mitglieder und besonders die Vertrauens-
 männer werden gebeten, sich recht zahlreich zu dieser
 Versammlung einzufinden. Der Vorstand.

**Kauf zu höchsten
 Preisen**
**N. Rexhausen,
 Veckta i. Oldb. Telef. 66.**



Heu, Stroh, Hafer, Obst
 erbitet
Sesbering i. W. Gothen-Wilmes.

Aus dem Oldenburg. Münsterland

Befta, 22. Dezember.

Der Gesangverein des Gefellensvereins hält heute (Montag) abend eine Uebung ab. Das Weihnachtstfest steht vor der Tür, das Fest, welches uns die Liebe Gottes zu uns Menschen so wunderbar lieblich offenbart und uns in Christkind so reich gemacht hat. Darum fühlen sich an diesem Tage auch viele Christen getrieben, Liebe um sich zu verbreiten und andere zu beschützen, besonders jene, die nach Liebe und Hilfe sich sehnen. Wenn Du, lieber Leser, nicht weißt, wo Dein Geschenk besonders gut ankommt, so nenne ich Dir die Waisenbäuer St. Antonius zu Damme und St. Josefheim zu Vechta. Jede Gabe wird gern und dankbar angenommen und dort unter der elterlichen Sorg der vielen Freunde bereitet. Und wenn Du etwas hast, was den Kleinen an diesem Tage besonders willkommen sein wird, so nenne ich, wie teuer alles jetzt ist, und wie schwer es solchen Kleinen jetzt fallen muß, für alle auch nur ein wenig zu beschaffen.

Einwohnerwehr. Da vor Weihnachten eine Verjüngung der ganzen Wehr nicht mehr möglich ist, fand am Sonnabend eine Führerbesprechung statt, an der sämtliche Führer sich beteiligten. Es galt, die Grundlagen dafür zu schaffen, daß schon jetzt in Fällen dringender Gefahr die Wehr unverzüglich in Tätigkeit treten kann. Bis zur endgültigen Regelung durch die Vollerversammlung der Wehr möge deshalb folgendes beachtet werden: Alarmiert wird durch Sirensignale und durch Gewehrschüsse in den verschiedenen Stadtteilen. Die Zugführer werden den Mitgliedern das Nähere über die Art der Signale mitteilen. Im Falle des Alarms versammelt sich der 1. Zug (Bremetor) vor der Apotheke, der 2. Zug (Stadtmühle) vor der Dreherei der Oldenburgischen Volkszeitung, der 3. Zug (Münsterfor) vor dem Nagelgeschäft am Markt. Jedes Wehrmitglied muß im Besitze eines Ausweises und einer Armbinde sein, die in den nächsten Tagen durch die Zugführer verteilt werden. Auch die bereits vorhandenen Gewehre können in den nächsten Tagen nach Anweisung der Zugführer in Empfang genommen werden. Eine größere Anzahl Gewehre und Maschinengewehre wird noch erwartet. Die Unfallversicherung und Hinterbliebenenfürsorge hat das Reich übernommen. Eine eigene M.-G.- und Sanitätsabteilung ist in Vorbereitung. In der nächsten Zeit finden besondere Verjüngungen der einzelnen Züge statt, wo die Wahl der Gruppenführer vorgenommen werden soll. Im Falle dringender Gefahr, die eine Alarmierung der Wehr erforderlich macht, wende man sich an die Herren Bürgermeister Verding (Fernsprecher Nr. 33), Dr. Rohnen (Fernsprecher 68) oder Schmiedemeister W. Börgerding (Fernsprecher 47).

Wie hoch ist meine Rente? Rentenverjüngung seit 1. Juli 1919 (einschließlich 40 v. H. Teuerungszulage auf die früheren Bezüge).

Table with 4 columns: Witwe, Kind, Rent, and Teuerungszulage. Rows include various family configurations and their corresponding monthly and annual amounts.

War der Gefallene Unteroffizier oder Sergeant, so erhöht sich die Witwenrente monatlich (einschließlich oder Teuerungszulage) um 11,20 M. Die Witwe eines Wize- und Feldwebels erhält (einschließlich Teuerungszulage) monatlich 81,20 M ohne Kinder. Auf die Waisenrente haben die militärischen Dienstgrade keinen Einfluß. Außer dieser oben aufgeführten tabellarischen Rente können im Falle besonderer Bedürftigkeit auf speziellen Antrag Kriegserwitten Kriegsbeihilfe erhalten.

Anzeichnung. Dem Telefonisten Heinrich Söder, Bremerstraße 85, wurde als Angehöriger der Nachrichten-Kompagnie, II. Marine-Brigade das Bewährungsabzeichen „Schlichter Adler“ 2. Klasse verliehen. Entscheidung für die Kriegsteuer und Vermögenszuwachs. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß für die Kriegsteuer und Vermögenszuwachs als Stichtag des Endbemessens der 30. Juni 1919 vorgegeben ist. Für die Vermögensgegenstände kann jedoch der Abschluß desjenigen Kalender- oder Wirtschaftsjahres zur Grunde gelegt werden, das in der Zeit zwischen dem 31. März 1919 und dem 29. Februar endigt. Die Berücksichtigung einer auf einen anderen Stichtag aufgesetzten Bilanz ist jedoch nur eine Vorbedingung.

zu Gunsten der Steuerpflichtigen, von der dieser nicht verpflichtet ist. Gebrauch zu machen. Er kann vielmehr, sofern ihm das günstiger erscheint, eine Zwischenzahlung auf den 30. Juni 1919, aufstellen. Neue Briefmarken. An die Stelle der jetzt gebräuchlichen deutschen Freimarken der Germania-Ausgabe und der Marken zur Erinnerung an die Nationalversammlung sollen neue treten, die in Stücken von 5, 10, 15, 20, 30, 40, 50, 60, 75, 100, 125, 150, 250, 300 und 500 Pfennig ausgegeben werden sollen. Für die Erlangung von Entwürfen zu diesen Marken veranstaltet das Reichspostministerium unter deutscher Aufsicht einen beschränkten Wettbewerb und einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb unter Aussetzung von Preisen.

Das Pfund Schweinefleisch in Amerika 40 Pfg. Die Schweinepreise haben einen Rückgang erfahren, wie er bisher noch nicht dagewesen ist. Wird aus Philadelphia gemeldet. Von ungefähr 2540 Dollar für den Janer in Consett, City am 31. Juli fiel der Preis für Schweine auf 15 und 18 Dollar. Trotzdem ist der Markt außerordentlich schwach. Die Händler erwarten noch weitere Preisabschlüsse vor Ende des Jahres. Man erwartet für den kommenden Winter einen Preis von 10 Dollar. Der Hauptgrund für den bedeutenden Preisrückgang auf dem Schweinemarkt ist das Nachlassen der Ausfuhr nach Europa. Der schlechte Stand der europäischen Valuta wird als Hauptgrund hierfür angegeben. Die Verbesserung hängt lediglich von dem Steigen der europäischen Valuta und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Europa ab.

Damme, 20. Dez. Wie alljährlich, so wird das hier. Waisenhaus am Abende des Weihnachtstages mit der Beförderung der Zöglinge die Aufführung eines Weihnachtstheaters verbinden, und wird diesmal die Feyer im Saale des Wirtes Schilling 5.80 Uhr abends stattfinden. Im Waisenhanse feiert es stets an Platz für den zahlreichen Besuch, und stets müssen viele Besucher aus diesem Grunde zurückgehen. Der genügende Saal von Schilling bietet jedoch genügend Raum für den zahlreichsten Besuch. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, aber am Aufgange des Saales wird Gelegenheit geboten sein, ein Almosen für die Zöglinge, die Liebhaber des göttlichen Kindes, zu hinterlegen. Das Waisenhaus ist jetzt, besonders infolge des Krieges, derartig überfüllt, daß auch nicht ein Pflänzchen mehr frei ist, denn die Zahl der Kinder ist auf 180 gestiegen. Was es aber heißt, in heutiger Zeit mit ihren fast unerschwinglich hohen Preisen für Wohnung und Kleidung zu sorgen, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Da zurecht besonders unter dem Landvolke kein Geldmangel herrscht, werden sicher die Besucher dieser Weihnachtstheater feier zugleich auch zu einer verdienstlichen zu machen suchen.

Damme, 18. Dez. Ein großer Diebstahl, bei dem man der Gauern nicht auf die Spur gekommen ist, wurde in Dümmerlohhausen verübt. An drei verschiedenen Stellen wurde während der Nacht eingebrochen. Dem Viehhändler Bohlschneider wurde ein gelbes Pferdgeschirr mit Nadelbeslag entwendet, das einen Wert von etwa 1000 M. hatte. Beim Landwirt Schilmeyer ließen die Diebe Werkzeuge und ein Paar Herrenschuhe mitgehen. Der Wirt Kuhlmann büßte ein Fahrrad und ein Pferdegeschirr ein.

Cluppenburg, 19. Dez. Der Gymnasialgesellschaftsbienst in der St. Josephskirche fällt an den Sonn- und Feiertagen während der Ferien (bis zum Feste der hl. drei Könige einschließlich) aus. Zu der großen Gefällig- und Kaminheizungsaussstellung müssen die Anmeldungen bis zum 25. Dez. erfolgt sein. Es sind bereits viele Ehrenpreise gestiftet. Kellerhöhe, 21. Dez. Für unseren Kapellenbau gingen ein aus der Gemeinde Cluppenburg-Crapendorf 10 925 M., aus der Gemeinde Wellingsholzhausen (Kreis Nelle) 3648 M., aus der Gemeinde Datum 2043 M., aus der Gemeinde Haldorf 1527 M., aus der Kapellengemeinde Rehtersfeld 1297 M. und aus der Schulacht Sewelten 1583 M. Allen Gebern ein herzliches „Bergelits Gott!“

Essen, 20. Dez. In der letzten Gemeinderatsung wurde ein Nachtragsvoranschlag für die Gemeindefasse pro 1919-20, betr. die außerordentliche Hebung einer Umlage von M. 540 000 zur Abtragung der durch die beschlossenen Chauffeebauten nach heutiger Berechnung auf die Gemeinde entfallenden Kosten gegen 5 aus verschiedenen Bauerschaften eingehenden Beschwerden mit allen gegen eine Stimme angenommen. Folgende Beschlüsse der Gemeindeverwaltung liegen bis zum 3. 1. 1920 beim Gemeindevorsteher aus: 1. der Kostenanschlag einer zweiten Schulklasse in Abdrup, 2. die Erhöhung des Gehalts (Teuerungszulage) der Angestellten, 3. Anlegung einer Heizung in der Kirche und Neubau der Estrade.

Essen, 20. Dez. Zu der Neuwahl der Essener Ortsvertretung am 18. Dezember 1919

ist nur eine Vorschlagsliste eingegangen. Es sind aufgeführt und somit gewählt als Ortsausgangsglieder: Kaufm. Aug. Meyer, Kaufm. Lubm. Schade, Maurerm. B. Schütte, Bäckerm. B. Bregelmann, Postverwalter F. Bradmann, Fabrikarbeiter A. Niemann. Als Ersatzmänner: Bahnhofswirt G. Witte, Kaufmann A. Schade, Malerm. A. Witte, Schneiderm. A. Girs, Fabrikarbeiter J. Bregelmann, Bahnarbeiter A. Menslage.

Essingen, 20. Dez. Die Richtungsfrage wird wohl trotz der gebrachten großen Opfer kaum zur Lösung kommen, da die weit entfernten Bauerschaften daran gehen, für einen Kapellenbau zu sammeln, was bei 7 Kilometer und mehr Entfernung zu verstehen ist.

Zweites Vereins-Konzert des Musikvereins Vechta.

Das 2. Vereinskonzert des Musikvereins — eine Gedenkfeier zu Ehren unserer gefallenen Helden — war ein besonderes Ereignis für unsere Stadt, trat doch der neugegründete Musikverein zum ersten Male mit seinen eigenen Kräften auf und zwar mit seinen rund 100 Mitgliedern. Einen so starken Chor in solcher Zusammensetzung hatten wir hier bisher noch keine Gelegenheit zu hören. Die Spannung war deshalb auch groß und der Besuch außerordentlich zahlreich, war doch die Aula unseres Gymnasiums so besetzt, daß manche Musikliebende mit einem Stuhlplatz vorlieb nehmen mußten.

Der Dirigent des Vereins, Herr Seminar-Musiklehrer Clausing, hatte in der Vortragsfolge nur ältere Meister berücksichtigt und aus der Fülle ihrer Schätze die prächtigsten Perlen hervorgeholt, und sie zu einem stimmungsvollen Ganzen zusammengestellt, die Bewunderung erregen mußte. Gleich der erste Palästrinische Chor „D bone Jesu“ brachte eine weichevolle Stimmung, die durch den lehrerlichen Satz „Wann kommen wird meine letzte Stund“ noch besonders vertieft wurde. Die gemächlichen Soli, wie das Aufstehen von Beethoven, Arien aus „Elias“ und der Matthäus-Passion, waren so recht dem Ernst des Abends angepaßt und klangen in den prächtigen Chören „Selig sind die Toten“ von Schütz, dem Bachschen „Dir Jehova“ und seiner Cantate „Liebster Gott, wann werd ich sterben“ ergreifend aus.

Herr Opernsänger Adolf Parlaicher, erster lyrischer Tenor am Stadttheater Bremen, trug die genannten Soli mit tief innerlicher Anteilnahme, großer Ausdrucksfähigkeit und prächtigen Stimmmitteln vor. Sämtliche Stimmregister bis zum zart hingehauchten Pianissimo ließen ihn zu Gebote, und wir wollen hoffen, daß wir ihn hier noch häufiger als Mitwirkenden in den Vereinskonzerten begrüßen können. Allerdings fand er auch in Herrn Clausing einen so feinsinnigen, anspruchsvollen Begleiter, wie man es nur selten in Klavierpart zu hören gewohnt ist. Die anderen Solisten stellte der Verein selbst und wir müssen gestehen, er verfügt über tüchtige, geschulte Kräfte, wie die Bach-Arie — Herr Direktor Roth — und die beiden Regitaturen für Alt — Frau Weter — und Sopran — Frau Dr. Uhlmann — reichlich beweisen.

Der Chor selbst zeigte, abgesehen von einigen geringfügigen Mängeln, die wohl hauptsächlich auf Kosten des erstmaligen Auftretens zu sehen sind, eine recht beachtenswerte Höhe, ja in der sechsstimmigen Motette von Schütz und der herrlichen Bachschen Cantate folgte er mit ganz besonderer Hingabe und Freude seinem Dirigenten, so daß namentlich der erstere Chor einen gewaltigen Eindruck hinterließ. Die großen Anforderungen, die dieses Werk an Dirigenten und Chor stellt, wurden mit Leichtigkeit überwunden und zeigten, daß der Musikverein Vechta altemährten Vereinen nichts nachzugeben braucht. Möge er weiter nach solchen Erfolgen, die er in der kurzen Zeit seines Bestehens errang, voranschreiten, und Dirigenten und Sänger auch es nebst dem rauschenden Beifall, der nach jeder Nummer einfließt, ein Lohn sein, daß die weichevolle Stimmung noch lange in den Herzen der Besucher nachklingen wird.

Von anderer Seite erhielten wir noch folgende Zuschrift über das Konzert des Musikvereins: Die Gedenkfeier für die gefallenen Krieger, die der Musikverein in seinem Konzert am 18. D. Mts. veranstaltete, war ein musikalisches Ereignis für das oldenburgische Münsterland. Wenn man die Leistungen des Vereins hörte, hätte man nicht glauben sollen, daß Dirigent und Chor sich erst seit zwei Mona-

ten näher getreten sind. Es war zu bewundern, wie der Chor ganz und gar auf die Absichten des Dirigenten einging. So war es auch nur möglich, daß die feinsten dynamischen Schattierungen zum Ausdruck kamen. Wir erinnern besonders an das erlöschende Pianissimo im „D bone Jesu.“ Wie gart letzte die bange Frage ein „Wann kommen wird mein letzte Stund“, wie gewaltig war die Steigerung im siegesvollen Gedanken an den Eingang in Gottes Reich! Die gleiche Stimmung, angestauter Erwartung im Gedanken an den Tod und hoffnungsstrobe Gewißheit, begründet in dem felsenfesten Vertrauen auf Gottes Barmherzigkeit, wurde durch wirkungsvolle Anwendung der dynamischen Mittel prachtvoll zum Ausdruck gebracht in der reichgegliederten sechsstimmigen Motette von Heinrich Schütz und in der ergreifenden Kantate von Bach. Namentlich erstere stellten in ihrer kontrapunktischen Vielgestaltigkeit gewaltige Anforderungen an Dirigenten und Chor. Die weichevolle Stimmung, die Bachs Todesgedanken in den Herzen der Zuhörer zu wecken mußten, wurde einst geführt durch unzeitigen Beifall, der wohl aus dem wohlgeleiteten Betreibern hervorging, die Einzelheiten zu würdigen.

Eine wirkungsvolle Ergänzung des Chorprogrammes wurde in den Solodarbietungen des Herrn Harlachor vom Stadttheater Bremen gegeben. Herr Harlachor verstand es, sich durch sein weiches, klangvolles Organ gleich im „Stabat mater“ die Herzen der Zuhörer zu erobern, in dem ganz besonders die melodische Linie zur Geltung kam. Bei vorzüglicher Ausbildung der Stimmregister und physisch vorbildlicher Tonbildung wirkte er durch seine Natürlichkeit sympathisch. Etwas weniger Mienspiel, und Herrn Harlachor ist auch als Konzertsänger der Weg frei. Wir würden ihn in Vechta bei ähnlichen Veranstaltungen gern wieder hören.

Im Frau Weter und Herrn Direktor Roth traten uns alte Bekannte entgegen, deren musikalische Borzüge ja längst allgemein geschätzt werden und auch an diesem Abend voll zur Geltung kamen und die gebührende Anerkennung fanden.

Frau Dr. Uhlmann trat dem musikliebenden Publikum Vechtas zum ersten Male entgegen. Mit ihrer wohlgeleiteten Stimme schöpfe dieselbe in sprachlos abgedünnter Form die Gedanken des Regitators reiflos aus und erzielte reichen Beifall. Das eigentliche Verdienst für den wohl gelungenen Abend gebührt Herrn Seminar-Musiklehrer Clausing, dem Dirigenten des Musikvereins. Als Dirigent hat er den Chor in der kurzen Uebungszeit zu einer Höhe emporgeführt, wie sie überhaupt nur möglich war. Was er mit ihm leistete, verriät gründliche Ausbildung und vorzügliches Geschick auf dem Gebiete der Chordirektion. Auch als Begleiter auf dem Klavier zu den Einzelvorträgen war er der Mehrheit der Zuhörer neu. Wir wissen nicht, was wir an seinem Spiel mehr bewundern sollen, seine glänzende Technik, besonders seinen unübertrefflichen Anschlag, oder seine bis ins innerste belebte Vortragskraft. Dank dieser Borzüge mußte er die Wirkung des Gesanges gewaltig zu verlieren. Das Borspiel und die Zwischenspiele zur Bachschen Kantate zeigten ihn als ganzen Meister am Flügel. Was Herr Clausing spielte, erlebte er. Ein Erlebnis war es auch für die Zuhörer.

Wenn Dirigent und Chor sich ihrer schönen Aufgabe weiterhin mit gleicher Liebe und Sorgfalt widmen, dürfte der Musikverein sich zum Stolz nicht allein Vechtas, sondern auch des ganzen oldenburgischen Münsterlandes entzählen.

Zweckverband der Molkereien Südboldenburgs.

Cluppenburg, 17. Dez. Von dem Vorstand des bisherigen Vereins der Molkereien Südboldenburgs wurde heute eine Verjüngung abgehalten, in der der Zusammenschluß der Molkereien unter dem Namen Zweckverband der Molkereien Südboldenburgs vollzogen wurde. Der Verein soll eingetragene werden. Der Verband bezweckt die Förderung der Milchwirtschaft und der angehörenden Molkereien. Er vertritt besonders die Interessen der Landwirte durch höhere zeitgemäße Verwertung der milchwirtschaftlichen Produkte, Aufhebung und Milderung von Verfügungen, die nicht mehr in den Rahmen der heutigen Zeit passen. — Sicherstellung der unbedingt nötigen einheimischen Milch- und Fettversorgung zu erschwinglichen Preisen für die Verbraucher, und den Abbau der Zwangswirtschaft für darüber hinausgehende Zulieferungen. — Mögliche Beschaffung von Futtermitteln für Milchvieh und Zubereitung von Kaminbrenner. — Hebung der wirtschaftlichen Lage der Molkereien selbst, deren Interessen heute in anderer mehrerer Weise vernachlässigt werden.

